

P R O T O K O L L

über die am Montag, dem 27. Jänner 2014, um 19.00 Uhr im Rathaus - Sitzungssaal, 3. Stock, stattgefundene Sitzung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Gänserndorf (öffentliche Sitzung).

Anwesend waren:

Bgmst. Kurt Burghardt	SPÖ
Vzbgmst. Josef Daubeck	SPÖ

Die Stadträte:

Ulrike Cap	SPÖ
Christian Worlicek	SPÖ
Christine Beck	ÖVP
Rene Lobner	ÖVP
Franz Weindl	FPÖ

Die Gemeinderäte:

Susanne Bayer	SPÖ
Margit Bergauer	SPÖ
Kerstin Cap	SPÖ
Ernst Gugler	SPÖ
Franz Irlvek	SPÖ
Dr. Gerhard Janda	SPÖ
Ing. Siegfried Junger	SPÖ
Manfred Luksith	SPÖ
Elfriede Schönbauer	SPÖ
Dipl.Päd. Martin Wechdorn	SPÖ

Wolfgang Halwachs	ÖVP
Margarete Scheidl	ÖVP
Renate Stiglitz	ÖVP
Ing. Manfred Trost	ÖVP
Margit Wilmsen	ÖVP

Gerhard Krammer	GRÜNE
Margot Linke	GRÜNE
Volker Weiss	GRÜNE

Ortwin Fischer	FPÖ
Renate Franek	FPÖ
Christine Weindl	FPÖ

Alexander Stetina

Entschuldigt abwesend:

Walter Krichbaumer	FPÖ
Christine Rohatsch	SPÖ
Anton Kopf	ÖVP
Claudia Pawlik MEd.	ÖVP

Schriftführer: Stadtamtsdirektor Anton Wildmann

Der Bürgermeister Kurt Burghardt eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden, stellt fest, dass der Gemeinderat ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Herr Bürgermeister Kurt Burghardt begrüßt die für den zurückgetretenen Stadtrat Franz Csucker die neu angelobte Gemeinderätin Kerstin Cap.

Die Tagesordnung lautet:

- - - Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g - - -

Berichterstatter: Bürgermeister Kurt Burghardt

1. Genehmigung des Protokolls der Gemeinderatssitzung vom 16. Dezember 2013
2. Ergänzungswahl Stadtrat
3. Ergänzungswahl diverse Ausschüsse
4. Feuerwehr – Wartung Schlüsselsafe

Berichterstatter: Vizebürgermeister Josef Daubeck

5. WVA Stadt – Grundlagenuntersuchung zur Verbesserung der Brunneneignigkeit
6. Kooperationsvertrag über Datenaustausch – GIP.nö

Berichterstatter: Bürgermeister Kurt Burghardt

7. Druck Folder „Kulturfrühling 2014“
8. Kulturfrühling 2014
9. Betreuungspaket NÖ. Jugendcoaching

Berichterstatter: StR. Walter Krichbaumer

10. Kindergärten - Betriebsausstattung
11. Neubau 3-gruppiger Kindergarten Dr. Hörler Gasse – Grundsatzbeschluss und Vergabe Architektenleistungen
12. Sozialkarte – Änderung Hallenbad
13. Ferienbetreuung für Kindergartenkinder

Berichterstatter: StR. Franz Weindl

- 14. Änderung Bebauungsplan
- 15. Beauftragung Erstellung Verkehrs- und Stadtentwicklungskonzept
- 16. Stellungnahme zum Entwurf einer Verordnung über ein Sektorales Raumordnungsprogramm über die Nutzung der Windkraft in Niederösterreich

Berichterstatter: GR. Christine Rohatsch

- 17. Jahresbericht der Umweltgemeinderätin

- - - N i c h t Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g - - -

- 18. Vergabe Gemeindewohnungen und Genehmigung Mietverträge

Der Bürgermeister Kurt Burghardt berichtet, dass drei Dringlichkeitsanträge eingelangt sind:

- 1) Von ihm selbst der Antrag „Vertrag über den Umbau des Bahnhofes Gänserndorf“

Begründung der Dringlichkeit:

Aufgrund der geplanten Inbetriebnahme der neu installierten Aufzüge am Bahnhof im Februar 2014 ist es notwendig, den vorliegenden Vertrag, welcher zwischen der ÖBB-Infrastruktur Aktiengesellschaft und der Stadtgemeinde Gänserndorf abgeschlossen werden soll, zu beschließen. Für die Inbetriebnahme dieser neuen Aufzüge am Bahnhofsgelände muss eine Abnahme durch den TÜV Österreich erfolgen, bei welcher geschulte Personen seitens der Stadtgemeinde Gänserndorf namhaft zu machen sind, die die Aufzugswartung und die Erstbefreiung im Notfall zu übernehmen haben. Dies ist unter anderem ein Punkt im vorliegenden Vertrag. Betreffend den noch ausstehenden Pachtvertrag siehe beiliegendes Schreiben der ÖBB Infrastruktur AG vom 23. Jänner 2014.

Diesem Antrag wird einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt. Er wird unter Punkt 6a in die Tagesordnung aufgenommen.

- 2) Von ihm selbst der Antrag „S8 (Marchfeld-Schnellstraße). Antrag an das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie sowie die NÖ. Landesregierung, die schon lange geplante Umfahrungsstraße von Gänserndorf sowie die S8 (Marchfeld-Schnellstraße) so bald wie möglich zu errichten“.

Begründung der Dringlichkeit:

Gänserndorf war in den letzten 10 Jahren mit einem Zuwachs von 30,1 % die am schnellsten wachsende Gemeinde Österreichs und auch einige unserer Nachbargemeinden weisen ein rasantes Bevölkerungswachstum auf. Dies führt dazu, dass die Belastungen durch den Straßenverkehr stark zugenommen haben und aufgrund einer fehlenden Ortsumfahrung die Kreuzungen an der Wiener Straße (Durchfahrtsstraße von Angern Richtung Wien) nur nach längeren Wartezeiten passiert werden können. Eine Erleichte-

rung würde die geplante Südumfahrung von Gänserndorf-Stadt in Verbindung mit der Umfahrung von Gänserndorf-Süd beim ehemaligen Safaripark und Errichtung der S8 bringen.

Frau Gemeinderat Margot Linke sieht bei diesem Antrag keine Begründung der Dringlichkeit. Ihrer Meinung nach sollte eine Resolution verfasst werden. Im § 35 Abs. 3 der NÖ. Gemeindeordnung ist die Resolution durch den Gemeinderat verankert. Stellt die Frage, warum hier die Dringlichkeit gegeben ist.

Herr Stadtrat Rene Lobner kann ebenfalls die Dringlichkeit nicht nachvollziehen. Seiner Meinung nach sollte hier der Antrag an das Bundesministerium gestellt werden, weil der Bau der S8 in den Aufgabenbereich des Bundesministeriums fällt.

Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck gibt bekannt, dass ein Gespräch mit dem Baudirektor des Landes Niederösterreich stattgefunden hat. In diesem Gespräch wurde seitens des Baudirektors ersucht, dass die Stadtgemeinde Gänserndorf bzw. der Gemeinderat der Stadtgemeinde Gänserndorf eine Hilfestellung bezüglich der Errichtung der S8 geben soll. Weiters ist die Umfahrung Gänserndorf von der Errichtung der S8 abhängig. Da dieser Punkt nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde, ist hier die Dringlichkeit gegeben, damit so rasch wie möglich ein Antrag auf Errichtung der S8 bzw. der Umfahrung Gänserndorf seitens der Stadtgemeinde Gänserndorf gestellt wird.

Diesem Antrag wird mit 26 Stimmen gegen 3 Stimmen (GRÜNE, Gegenstimme – GR. Margot Linke, GR. Gerhard Krammer, GR. Volker Weiss) die Dringlichkeit zuerkannt. Er wird unter Punkt 6b in die Tagesordnung aufgenommen.

3) Von der FPÖ der Antrag „Nein zur Schließung von Polizeidienststellen“.

Begründung der Dringlichkeit:

Anfang Dezember 2013 wurde bekannt, dass die Bundesregierung sich im Zuge der Koalitionsverhandlungen darauf geeinigt hat, österreichweit 100 – vor allem kleinere - Polizeidienststellen zu schließen. Allein in Niederösterreich sollen 15 bis 35 Inspektionen davon betroffen sein. Angesichts der stetig steigenden Kriminalität würde eine Umsetzung dieser Schließungspläne einen schweren Schlag gegen die Sicherheit im Land und in unserem Bezirk darstellen. Effektive Verbrechensbekämpfung kann nur durch einen sowohl in personeller als auch in infrastruktureller Hinsicht gut aufgestellten Polizeiapparat erfolgen. Jede einzelne Dienststellenschließung bedeutet daher eine klare Schwächung der Polizeistruktur, welche einerseits die Sicherheit der Bürger senkt und andererseits zu gravierender Überlastung der Exekutivbeamten führt. Da seitens des Innenministeriums momentan die Liste der zu schließenden Polizeidienststellen erstellt wird, begründet sich die Dringlichkeit des folgenden Antrages.

Herr GR. Wolfgang Halwachs teilt mit, dass die ÖVP-Fraktion hier keine Dringlichkeit sieht. Ist der Meinung, dass dieser Antrag populistisch ist. Die ÖVP-Fraktion wird daher gegen diesen Dringlichkeitsantrag stimmen.

Diesem Antrag wird mit 19 Stimmen gegen 10 Stimmen (ÖVP, Gegenstimme – StR. Christine Beck, StR. Rene Lobner, GR. Wolfgang Halwachs, GR. Margarete Scheidl, GR. Renate Stiglitz, GR. Ing. Manfred Trost, GR. Margit Wilmsen – GRÜNE, Gegenstimme – GR. Gerhard Krammer, GR. Volker Weiss – GRÜNE, Stimmenthaltung – GR. Margot Linke) die Dringlichkeit zuerkannt. Er wird unter Punkt 16a in die Tagesordnung aufgenommen.

Herr Bürgermeister Kurt Burghardt teilt mit, dass er gemäß § 46 Abs. 2 der NÖ. Gemeindeordnung den Tagesordnungspunkt 17 „Jahresbericht der Umweltgemeinderätin“ von der Tagesordnung absetzt.

Gegen die Tagesordnung wird kein Einwand erhoben.

Punkt 1: Der Bürgermeister Kurt Burghardt, berichtet, dass gegen das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 16. Dezember 2013 während der Auflagefrist seitens des Herrn Vizebürgermeisters Josef Daubeck ein schriftlicher Einwand vorgebracht wurde. Der schriftliche Einwand hat folgenden Inhalt:

Punkt 5, 7. Absatz: Der Satz – Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck teilt mit, dass er mit dem Volksschuldirektor, Hr. Gangl, gesprochen hat ... - entspricht nicht der Wortmeldung. Der Satz soll vielmehr so lauten „Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck teilt mit, dass mit dem Volksschuldirektor, Hr. Gangl“ gesprochen wurde.

Herr Stadtrat Rene Lobner stellt fest, dass in der NÖN kurz nach der Gemeinderatssitzung bereits Aussagen diesbezüglich zitiert wurden, welche im Gemeinderatsprotokoll, das zu diesem Zeitpunkt noch nicht in der Homepage veröffentlicht war, aufscheinen. Herr Gemeinderat Alexander Stetina gibt hierzu bekannt, dass Vertreter der Presse bei der öffentlichen Gemeinderatssitzung anwesend waren.

Herr Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, dass die eingebrachte Änderung in das Gemeinderatsprotokoll vom 16. Dezember 2013 eingearbeitet werden soll bzw. dass das Gemeinderatsprotokoll vom 16. Dezember 2013 dementsprechend geändert werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Punkt 2: Der Bürgermeister Kurt Burghardt berichtet, dass Herr Stadtrat Franz Csucker mit Wirkung vom 31. Dezember 2013 sein Gemeinderatsmandat zurückgelegt hat. Es ist daher notwendig, dass eine Ergänzungswahl für den Stadtrat durchgeführt wird. Herr Bürgermeister Kurt Burghardt gibt bekannt, dass seitens der SPÖ-Fraktion für die Wahl des frei gewordenen Stadtratssitzes Frau Gemeinderat Ulrike Cap (für Schule, Jugend, Sport und Kultur) vorgeschlagen wird.

Herr Gemeinderat Gerhard Krammer gibt folgende Stellungnahme ab:

„Im Zuge dieses Tagesordnungspunktes und der Neubesetzung eines Stadratspostens, muss auch die aktuelle Twitter Aktivität aus dem Dunstkreis oder dem rechten Biotop eines Stadtrates der Freiheitlichen angesprochen werden. Ein Posting, das von der FPÖ Gänserndorf Stadt retweeted wurde und einen aggressiven Aufruf zur Gewalt und menschenverachtende Beschimpfungen beinhaltete.

Es kann nicht sein und auch in keinster Weise toleriert werden, dass ein offizieller Posten der Bezirkshauptstadt Gänserndorf – wir sprechen vom Posten des Stadtrates für Soziales und Integration – mit derlei Aussagen in Verbindung steht und einfach so hingenommen werden kann. Das ich mit dieser Ansicht und der damit verbundenen Rücktrittsaufforderung gegenüber dem Stadtrat für Soziales und Integration Krichbaumer von der Freiheitlichen Partei nicht alleine dastehe, untermauert die Rücktrittsaufforderung der sozialdemokratischen Jugend Niederösterreichs.

Ich ersuche daher die Fraktionen der Sozialdemokratie und der ÖVP um Unterstützung dieser Rücktrittsaufforderung.“

Herr Bürgermeister Kurt Burghardt stellt hierzu fest, dass die Stellungnahme von Herrn Gemeinderat Gerhard Krammer nicht Tagesordnungspunkt dieser Gemeinderatssitzung ist. Unter diesem Tagesordnungspunkt soll die Neubesetzung des frei gewordenen Stadratspostens beschlossen werden.

Herr Stadtrat Franz Weindl weist die Wortmeldung des Herrn Gemeinderat Gerhard Krammer entschieden zurück. Ist der Meinung das diese Wortmeldung eine Frechheit ist. Die FPÖ Gänserndorf wurde gehackt und es wurde bereits die Polizei eingeschaltet.

Herr Gemeinderat Ing. Siegfried Junger stellt fest, dass der Kulturstadtrat gewählt werden soll. Außerdem gilt hier die Unschuldsvermutung und man muss die Ermittlungen abwarten.

Herr Bürgermeister Kurt Burghardt zieht zur Beurteilung der Stimmzettel folgende Gemeinderäte bei:

Herr GR. Ing. Siegfried Junger	SPÖ
Herr GR. Wolfgang Halwachs	ÖVP
Herr Stadtrat Franz Weindl	FPÖ
Frau GR. Margot Linke	GRÜNE

Daraufhin wird die Ergänzungswahl des Stadtrates mittels Stimmzettel vorgenommen. Nach Bewertung und Zählung der Stimmzettel gibt Frau GR. Margot Linke folgendes Ergebnis bekannt:

Abgegebene Stimmen:	29
Ungültige Stimmen	1
Gültige Stimmen für GR. Ulrike Cap	28

Nach Befragung durch Herrn Bürgermeister Kurt Burghardt nimmt Frau GR. Ulrike Cap die Wahl zur Stadträtin an.

Die Niederschrift über die Ergänzungswahl des Stadtrates liegt diesem Protokoll als Beilage 1 bei.

Punkt 3: Der Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass auf Grund des Schreibens bzw. des Vorschlages der SPÖ-Fraktion vom **16. Jänner 2014**, betreffend Änderung bei der Besetzung der Ausschüsse,

- a) StR. Ulrike Cap als Mitglied in den Ausschuss für Schule, Jugend, Sport und Kultur (anstelle von Herrn Stadtrat Franz Csucker)
- b) GR. Kerstin Cap als Mitglied in den Ausschuss für Umwelt und Abfallwirtschaft (anstelle von Frau Stadtrat Ulrike Cap)
- c) GR. Kerstin Cap als Mitglied in den Ausschuss für Soziales, Bürgerservice und Integration (anstelle von Frau Stadtrat Ulrike Cap)
- d) GR. Elfriede Schönbauer als Mitglied in den Ausschuss der Mittelschulgemeinde Gänserndorf (anstelle von Herrn Stadtrat Franz Csucker)
- e) GR. Elfriede Schönbauer als Mitglied in den Ausschuss der Sonderschulgemeinde Gänserndorf (anstelle von Herrn Stadtrat Franz Csucker)
- f) GR. Hofrat Dr. Gerhard Janda als Mitglied in den Ausschuss der Polytechnischen Schulgemeinde Gänserndorf (anstelle von Herrn Stadtrat Franz Csucker)
- g) GR. Manfred Luksith als Mitglied in den Ausschuss für Jugend (Jugendgemeinderat – anstelle von Herrn Stadtrat Franz Csucker)

gewählt werden.

Frau Gemeinderat Margot Linke gibt hierzu bekannt, dass ihr die Besetzung der Schulausschüsse nicht gefällt und dass durch den jetzigen Vorschlag die Zusammensetzung der Schulausschüsse unüberblickbar ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 4: Der Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für die Feuerwehr Gänserndorf ein Wartungsvertrag für die Wartung des Feuerwehr Schlüsselsafes durch die Fa. Bruno Eder zu Kosten von € 168,96 inkl. Mwst. pro Jahr lt. Anbot vom 26.09.2013 abgeschlossen werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 5: Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für die Grundlagenuntersuchung zur Verbesserung der Brunnenergiebigkeit bei der WVA Gänserndorf Stadt

1. das Zivilingenieurbüro Steinbacher + Steinbacher mit der hydrogeologischen Beurteilung und Durchführung der Grundwassermessungen inkl. Beurteilung zu den Bedingungen lt. Anbot vom 4.10.2013 zu einem Honorar 35.000,-- exkl. USt. und

2. die Bestbieterfirma Geobohr Brunnenbau GmbH mit der Errichtung von 6 Grundwassermesssonden zu den Bedingungen lt. Anbot vom 30.12.2013 zu Kosten von gesamt € 28.410,-- exkl. USt.

beauftragt werden sollen.

Herr Gemeinderat Volker Weiss stellt fest, dass diese Ausgaben notwendig sind. Diese Ausgaben werden sicher über den Wasserpreis finanziert. Es sollte aber nicht sein, dass die Bewohner von Gänserndorf Süd diese Ausgaben mitfinanzieren. Deshalb schlägt er vor, dass die unterschiedlichen Wasserpreise schneller angepasst werden. Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck gibt hierzu bekannt, dass es einen gültigen Gemeinderatsbeschluss bezüglich der Angleichung der Wasserpreise gibt. Außerdem stellt er fest, dass diese Ausgaben alleine über den Wasserpreis von Gänserndorf Stadt finanziert werden. Es gibt deshalb auch noch immer die Trennung im Haushalt in Wasserversorgung Gänserndorf Stadt und Wasserversorgung Gänserndorf Süd.

Herr Gemeinderat Volker Weiss hält nochmals fest, dass diese Ausgaben ausschließlich über den Wasserpreis bzw. die Einnahmen für Gänserndorf Stadt finanziert werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 6: Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der vorliegende Kooperationsvertrag über Datenaustausch, abgeschlossen zwischen dem Land Niederösterreich und der Stadtgemeinde Gänserndorf, genehmigt werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Kamellor

Punkt 6a: Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der vorliegende Vertrag über den Umbau des Bahnhofes Gänserndorf, abgeschlossen zwischen der ÖBB Infrastruktur AG und der Stadtgemeinde Gänserndorf, genehmigt werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Kamellor

Punkt 6b: Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie sowie die NÖ. Landesregierung aufgefordert werden sollen, die schon lange geplante Umfahrungsstraße von Gänserndorf sowie die S8 (Marchfeld-Schnellstraße) so bald wie möglich zu errichten.

Gänserndorf war in den letzten 10 Jahren mit einem Zuwachs von 30,1 % die am schnellsten wachsende Gemeinde Österreichs und auch einige unserer Nachbargemeinden weisen ein rasantes Bevölkerungswachstum auf. Dies führte dazu, dass die Belastungen durch den Straßenverkehr stark zugenommen haben und aufgrund einer fehlenden Ortsumfahrung die Kreuzungen an der Wiener Straße (Durchfahrtsstraße von Angern Richtung Wien) nur nach längeren Wartezeiten passiert werden können. Eine am 24.4.2013 vom Kuratorium für Verkehrssicherheit durchgeführte Kordonenerhebung ergab z.B. bei der östlichen Stadteinfahrt an der Wiener Straße eine Morgenspitze in der Zeit von 7 - 8 Uhr von 502 Richtung Wien und 171 Richtung Weikendorf fahrenden Kraftfahrzeugen. In der Nachmittagspitze von 16 - 17 Uhr fuhren 294 Kfz Richtung Wien und 438 Richtung Weikendorf. Innerhalb einer Stunde passierten somit jeweils rund 700 Kraftfahrzeuge diesen Zählpunkt.

Eine wesentliche Verbesserung dieser Verkehrssituation würde die geplante Südumfahrung von Gänserndorf-Stadt in Verbindung mit der Umfahrung von Gänserndorf-Süd und Errichtung der S8 bringen.

Frau Gemeinderat Margot Linke gibt bekannt, dass die GRÜNEN den Ausbau bzw. Bau der S8 nicht unterstützen. Es sollte vielmehr der öffentliche Verkehr ausgebaut werden. Deshalb werden die GRÜNEN auch gegen diesen Antrag stimmen.

Der Antrag wird mit 26 Stimmen gegen 3 Stimmen (GRÜNE, Gegenstimme – GR. Margot Linke, GR. Gerhard Krammer, GR. Volker Weiss) angenommen.

Bearbeiter: Lang

Punkt 7: Der Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass bei der Fa. Brentano 1.000 Stück Folder um € 260,00 exkl. MWSt. für das aktuelle Frühlingsprogramm gedruckt werden sollen.

Der Folder „Kulturfrühling und Kulturherbst 2013“ wurde auch bei dieser Firma in Auftrag gegeben.

Diese Ausgabe soll über das Kulturbudget abgedeckt werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Kohl

Punkt 8: Der Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für den Kulturfrühling 2014 Ausgaben in der Gesamthöhe von

€ 5.450,--

für Veranstaltungen (lt. Beilage) genehmigt werden sollen.

Kulturfrühling 2014

Tag/Datum	Beginn	Veranstaltung	Ort	Kosten €
-----------	--------	---------------	-----	----------

Do, 13.03.2014	19:00 Uhr	Polizeikabarett Satke Eintritt € 12,-- geht an Künstler	Schmied-Villa	
Sa, 12.04.2014	16:00 Uhr	Kindermusical „Hänsel & Gretel“ Eintritt € 4,--	Schmied Villa	Honorar 250,--
Fr, 25.04.2014	16:00 Uhr	Bilderbuchkino Eintritt € 3,--	Veranstaltungssaal Emmauskirche	
Fr, 09.05.2014	19:00 Uhr	„Wien grüßt NÖ“ Einnahmen 30:70 (30 %Gemeinde, 70% Künstler) Eintritt € 12,--	Schmied Villa	
Sa, 24.05.2014	19:00 Uhr	Kernölamazonen Kabarett Eintritt € 23,--	Stadthalle	Honorar 3.300,--
Di, 27.05.2014	19:00 Uhr	Lesung empfohlen von Pacholik Ausstellung Fr. Schimetschek „Dichter entdecken das Marchfeld“ Eintritt € 8,--	Stadtbücherei	Honorar 200,--
Di, 03.06.2014	19:00 Uhr	Lesung Fr. Rosmanith „Frauen sind die besseren Mörder“ Eintritt € 8,--	Stadtbücherei	Honorar 300,--
Do, 12.06.2014	19:00 Uhr	Hr. Walter „Sie & Er“ Kabarett € 12,--Erlös geht an Künst- ler	Arbeiterheim GF- Süd	
		Bewerbung, Bewirtung der Künstler, AKM, sonstige Kosten		1.400,--
		Summe:		5.450,--

Herr Gemeinderat Volker Weiss spricht ein Kompliment für die Auswahl der guten Veranstaltungen aus. Wünscht sich aber, dass ein Bericht über die abgehaltenen Kulturveranstaltungen dem Gemeinderat vorgelegt wird, damit dann die tatsächlichen Kosten inklusive der Nebenkosten, wie z.B. Arbeitsaufwand der Gemeindebediensteten, Bewerbung, usw., bekannt gegeben werden. Diese Anregung wird ab jetzt umgesetzt werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Kohl

Punkt 9: Der Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass ein Betreuungspaket durch einen Jugendcoach der NÖ Landesregierung in Auftrag gegeben wird.

Die Gesamtkosten für das Paket in der Höhe von 80 Stunden betragen € 900,00.

Ein kostenloses Erstgespräch mit NÖ Jugendcoach Frau Elke Indinger und Jugendgemeinderat Manfred Luksith hat bereits stattgefunden.

Herr Stadtrat Rene Lobner stellt fest, dass es eine kurzfristig anberaumte Gesprächsrunde mit Jugendlichen gegeben hat. Stellt die Frage, ob hier ein Protokoll verfasst wurde bzw. wie viele Jugendliche an dieser Gesprächsrunde teilgenommen haben.

Herr Gemeinderat Manfred Luksith gibt hierzu bekannt, dass ein Protokoll über diese Gesprächsrunde verfasst wurde. Es haben sich ursprünglich zehn Jugendliche für diese Gesprächsrunde angemeldet. Tatsächlich sind dann drei Jugendliche erschienen. Diese haben sich bereit erklärt, dass sie mitarbeiten bzw. ist auch im Sommer ein Sporttag für Jugendliche geplant. Es wurde auch festgestellt, dass die 16 bis 18-jährigen keinen großen Freundeskreis haben. Außerdem wurde von diesen erklärt, dass sie lieber in Wien fort gehen, weil dies attraktiver ist. Gänserndorf ist in Bezug von Sportmöglichkeiten stark.

Frau Gemeinderat Margot Linke ist der Ansicht, dass zur Zeit das persönliche Coaching für Jugendliche nicht abgedeckt ist. Es sollte auch die Umsetzung von langfristigen Projekten vor Ort forciert werden. Stellt die Frage, ob es bei den Treffen mit Jugendlichen ein Protokoll geben wird, damit mitverfolgt werden kann, was geschehen ist. Herr Gemeinderat Manfred Luksith teilt mit, dass es ein Protokoll über diese Treffen geben wird. Angedacht sind auf Grund des gestellten Antrages drei Säulen für die Jugendlichen, nämlich das Jugendzentrum, GOOSTAV und die Begleitung der Jugendlichen durch einen Jugendcoach. Herr Gemeinderat Gerhard Krammer stellt die Frage, ob diese drei Säulen von einander losgelöst sind. Herr Gemeinderat Manfred Luksith stellt hierzu fest, dass der Verein GOOSTAV eigenständig arbeitet.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Kohl

Punkt 10: Der Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für die 21 Kindergartengruppen und die beiden Gruppen im Kinderhaus die im Budget vorgesehenen Mittel in der Höhe von € 300,--/Gruppe für Betriebsausstattungen zur Verfügung gestellt werden sollen. Für die HPI Gruppe im Regenbogenkindergarten soll die im Budget vorgesehene Betriebsausstattung in Höhe von € 600,-- zur Verfügung gestellt werden.

Die Anschaffungen können von den Leiterinnen selbstständig getätigt werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 11: Herr Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass in Gänserndorf Stadt, Dr. Hörler Gasse ein neuer 3-gruppiger Kindergarten in Passivbauweise zu Gesamtherstellungskosten von € 1.950.000,-- exkl. Ust. zuzüglich € 192.000,-- exkl. Ust. für den öffentlichen Bereich und Reserve € 8.000,-- (gesamt € 2.150.000,--) errichtet werden soll.

Mit den Architektenleistungen (Planung, Bauleitung, Planungs- u. Baustellenkoordination) soll nach einer Ausschreibung und aufgrund der Empfehlung des Ausschusses „Neubau von Kindergärten“ das Bestbieter-Architektenbüro

Atelier für naturnahes Bauen DEUBNER

zu einem Pauschalhonorar von maximal € 128.000,--- exkl. USt. zusätzlich € 17.000,-- für die Leistungen für den öffentlichen Bereich lt. Anbot vom 6.1.2013 beauftragt werden.

Herr Stadtrat Rene Lobner gibt bekannt, dass er zu diesem Antrag steht. Stellt fest, dass es aber sehr große Preisunterschiede gegeben hat. Man sollte daher im Vorhinein Bewertungsrichtlinien erstellen. Herr Bürgermeister Kurt Burghardt stellt fest, dass ein Anbieter sich an die Richtlinien des Landes gehalten hat und auf Grund dieser Richtlinien geringere Herstellungskosten bekannt gegeben wurden. Im Endeffekt wären wahrscheinlich höhere Kosten angefallen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 12: Herr Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der Tarif für den Eintritt in das Hallenbad für Jugendliche, Studenten, Erwachsene und Senioren in der Höhe von € 1,--, auch für die Sauna während den Öffnungszeiten Gültigkeit hat.

Frau Stadtrat Christine Beck stellt hierzu fest, dass diesem Antrag nicht zugestimmt werden kann. Sollte dieser Antrag so beschlossen werden, dann kann jeder Hallenbad- bzw. Saunabesitzer dieses zu einem Preis von € 1,-- benutzen. Es scheint keine Begrenzung auf Sozialkartenbesitzer auf.

Frau Stadtrat Christine Beck stellt daher folgenden abgeänderten Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen, dass Sozialkartenbesitzern bei Benützung des Bades und/oder Sauna € 1,-- verrechnet werden. Die Bedeckung erfolgt durch budgetären Ausgleich vom Budget für Soziales ins Budget für das Bad.

Der abgeänderte Antrag von Frau Stadtrat Christine Beck wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Kamellor

Punkt 13: Herr Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass gemeinsam mit dem EKIZ-Gänserndorf aufgrund des Angebotes des EKIZ vom 8.1.2014 eine Ferienbetreuung in jenen 3 Wochen der Sommerferien durchgeführt werden soll, in denen die Landeskinderärten geschlossen sind. Die Kosten hierfür werden bei 15 Ganztages- und 5 Halbtageskindern € 1.630,- für den gesamten Betreuungszeitraum betragen und können sich bei einer größeren Kinderanzahl verringern bzw. bei einer geringeren erhöhen. Sollte für zu wenige Kindergartenkinder Bedarf angemeldet werden, könnten auch Hortkinder mitbetreut werden.

Frau Gemeinderat Margot Linke findet diese Ferienbetreuung prinzipiell für sehr gut. Es soll jedoch hier über einen Pauschalbetrag abgestimmt werden. Es stellt sich daher die Frage, bis zu welchem Betrag die Gemeinde bereit ist zu bezahlen. Herr Gemeinderat Wolfgang Halwachs steht diesem Antrag positiv gegenüber. Stellt sich die Frage, ob dies alles rechtlich abgeklärt ist, damit es nicht zu unliebsamen Überraschungen kommt.

Herr Bürgermeister Kurt Burghardt teilt hierzu mit, dass die Ferienbetreuung rechtlich abgesichert ist. Frau Gemeinderat Margot Linke erklärt, dass sie mit Frau Gugler bezüglich dieses Angebotes gesprochen hat. Frau Gugler hat ihr mitgeteilt, dass die Gemeinde für etwaig fehlende Kinder bezahlen muss. Es sollten daher Grenzen festgelegt werden, wie weit die Gemeinde bezahlt. Schlägt daher vor, dass dieses Thema nochmals in den Ausschuss zur Beratung zurück verwiesen werden soll, damit dieses Thema konkretisiert werden kann.

Herr Bürgermeister Kurt Burghardt ist der Meinung, dass der Antrag in dieser Form beschlossen werden sollte. Diese Art der Ferienbetreuung wird heuer das erste Mal angeboten. Man weiß daher derzeit noch nicht, wie viele Eltern dieses Angebot annehmen werden. Wenn der Antrag beschlossen wird, hat man für nächstes Jahr schon Werte und kann dann diese Ferienbetreuung besser kalkulieren.

Herr Gemeinderat Volker Weiss stellt fest, dass bei diesem Antrag keine Deckelung gegeben ist. Herr Bürgermeister Kurt Burghardt gibt hierzu bekannt, dass maximal 25 Kinder betreut werden können. Für diese bedeutet das eine lückenlose Betreuung in den Sommermonaten. Im nächsten Jahr könnte es dann vielleicht einen zweiten Anbieter geben, wenn diese Aktion positiv über die Bühne geht. Der Zuschuss der Gemeinde stellt in irgendeiner Form eine Vereinsförderung dar.

Herr Stadtrat Rene Lobner sieht dieses Angebot auch positiv und es stellt auf jeden Fall eine Verbesserung für die Familien dar.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Lang

Punkt 14: Herr Stadtrat Franz Weindl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass vorliegende Verordnung betreffend Änderung des Bebauungsplanes (PZ.: GÄNS-BÄ23-11150) beschlossen werden soll.

Während der Auflagefrist zur Einsichtnahme des Änderungsverfahrens wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

Herr Stadtrat Franz Weindl erklärt die einzelnen Änderungspunkte. Frau GR. Margarete Scheidl ist der Ansicht, dass die Bezeichnung „Bahnstraße/Dammgasse“ falsch ist. Diese sollte ihrer Meinung nach „Bahnstraße/Eichamtsstraße“ lauten. Herr Stadtrat Franz Weindl wird dies überprüfen und gegebenenfalls ändern lassen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Kamellor

Punkt 15: Herr Stadtrat Franz Weindl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass nach Anboteinholung die Bietergemeinschaft Verkehrsplanung Kleiner, aus Wels, und Land.schafft Benesch, aus Melk, zu Gesamtkosten in der Höhe von € 126.126,-- (inkl. 20 % USt. und 2,5 % Skonto) mit der Erstellung eines Verkehrs- und Stadtentwicklungskonzepts für die Stadtgemeinde Gänserndorf beauftragt werden soll.

Die Beauftragung dieser Bietergemeinschaft soll aufgrund der Angebotsprüfung durch den RA Dr. Michael Koth (siehe Beilage) sowie dem Nachverhandlungsergebnisses (siehe vorliegenden Aktenvermerk und das Schreiben des Büro Kleiner vom 11.1.2014) erfolgen.

Herr Gemeinderat Wolfgang Halwachs ist grundsätzlich für diesen Antrag. Hat jedoch mit dem Akt ein Problem. Es sollte eine öffentliche Vergabe erfolgen. Die Anbotsöffnung erfolgte laut Niederschrift am 27. November 2011. In dieser Niederschrift ist auch kein Beginn und auch kein Ende der Anbotsöffnung vermerkt. Es ist daher nicht nachvollziehbar, wann diese Anbotsöffnung tatsächlich stattgefunden hat und es ist daher auch die Niederschrift ungültig. Wird sich daher der Stimme enthalten.

Herr Stadtrat Franz Weindl stellt klar, dass das Datum falsch vermerkt ist und dass die Anbotsöffnung am 27. November 2013 stattgefunden hat. Herr Stadtrat Rene Lobner stellt die Frage, wie hoch die Schwellenwerte laut Vergabegesetz sind.

Herr Gemeinderat Gerhard Krammer stellt fest, dass es keine Ausschreibung gab. Es wurden zwei bis drei Architektenbüros wahllos angesprochen. Dadurch wird der Qualitätsanspruch gemindert. Bei einer öffentlichen Ausschreibung hätten mehrere Architektenbüros angeboten und man hätte eine größere Auswahl gehabt. Herr Gemeinderat Gerhard Krammer stellt daher den Antrag, dass für die Erstellung eines Verkehrs- und Stadtentwicklungskonzeptes eine neuerliche öffentliche Ausschreibung unter Berücksichtigung des Schwellenwertes laut Vergabegesetz durchgeführt werden soll.

Herr Stadtrat Rene Lobner gibt bekannt, dass die ÖVP-Fraktion dem Antrag des Herrn Stadtrat Franz Weindl in dieser Form nicht zustimmen kann. Wenn die Auftragssumme unter dem Schwellenwert liegt, ist die Auftragsvergabe vergaberechtlich korrekt. Seines Wissen nach ist der Schwellenwert € 130.000,--.

Herr Bürgermeister Kurt Burghardt unterbricht die Gemeinderatssitzung zur fraktionellen Beratung zehn Minuten. Die Gemeinderatssitzung wird um 20,15 Uhr unterbrochen. Um 20,25 Uhr wird die Gemeinderatssitzung wieder fortgesetzt.

Herr Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, dass der gestellte Antrag des Herrn Stadtrat Franz Weindl von dieser Gemeinderatssitzung abgesetzt werden soll. Es sollen beide Angebote vergaberechtlich geprüft werden. Eine neuerliche Ausschreibung soll nicht erfolgen, wenn vergaberechtlich alles in Ordnung ist. In der kommenden Gemeinderatssitzung soll dann der entsprechende Beschluss gefasst werden.

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Kamellor

Punkt 16: Herr Stadtrat Franz Weindl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, der Gemeinderat wolle den Beschluss fassen, folgende Stellungnahme zu dem im Betreff angeführten Entwurf einer Verordnung beim Amt der NÖ Landesregierung abzugeben:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Gänserndorf spricht sich gegen die Möglichkeit zur Errichtung von Windkraftanlagen auf dem Gemeindegebiet der Marktgemeinde Weikendorf im Nahbereich des Gemeindegebietes der Stadtgemeinde Gänserndorf (siehe die grün schraffierten Flächen auf den beiliegenden Planauszügen) aus.

Die Begründung liegt darin, dass es dadurch zu einer Doppelbelastung für dieselben Bewohner des Teilbereiches von Gänserndorf Süd kommen könnte, da bereits südlich dieses Gebietes Windkraftanlagen im Bestand vorhanden sind.

Herr Stadtrat Franz Weindl gibt seitens der FPÖ-Fraktion folgende Stellungnahme ab:

„Für die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion darf ich Folgendes erwähnen: Die FPÖ Gänserndorf spricht sich grundsätzlich gegen die Errichtung von Windkraftanlagen in Wohngebieten aus. Dies betrifft sowohl Gänserndorf-Süd als auch Gänserndorf Stadt. Vorrangig für die Freiheitliche Fraktion ist der Schutz der Bevölkerung von etwaigen Belastungen (z. B. Lärmbelastung). Neu errichtete Windkraftanlagen dürfen die Lebensqualität der Gänserndorfer Bevölkerung nicht beeinträchtigen.“

Frau Gemeinderat Margot Linke gibt bekannt, dass die GRÜNEN die Zonen mit einem nicht besonders guten Gefühl sehen. Ist prinzipiell der Ansicht, dass diese Zonen nicht gut sind. Die Gemeinde sollte mehr Eigenverantwortung haben.

Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt fest, dass er diese negative Stellungnahme hat schreiben lassen. In Gänserndorf Süd sollten keine Windkraftanlagen mehr errichtet werden. Herr Stadtrat Rene Lobner gibt hierzu bekannt, dass laut seinem Wissen die Gemeinde Weikendorf einen gültigen Gemeinderatsbeschluss hat, welcher gegen die Errichtung von Windkraftanlagen ist. Wird sich daher bei diesem Antrag der Stimme enthalten.

Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck teilt mit, dass der Bürgermeister der Gemeinde Weikendorf, Hr. Ing. Johann Zimmermann, bei ihm war und ihm mitgeteilt hat, dass in Weiken-

dorf die Errichtung von zwei Windkraftanlagen im Gespräch ist. Wird einen negativen Gemeinderatsbeschluss fassen lassen.

Herr Stadtrat Rene Lobner ist der Meinung, dass eine negative Stellungnahme zum Entwurf der Verordnung über ein Sektorales Raumordnungsprogramm über die Nutzung der Windkraft in Niederösterreich eine Themenverfehlung ist. Es wird sich am Entwurf bzw. der Verordnung nichts ändern.

Frau Gemeinderat Margot Linke stellt fest, dass das Land Klimaziele hat. Diese Verordnung stellt aber eine Bevormundung der Gemeinden dar. Die Zonierung sollte daher nicht erfolgen. Frau Gemeinderat Margot Linke stellt im Namen der GRÜNEN daher folgenden Antrag:

„Die Stadtgemeinde Gänserndorf soll folgende Stellungnahme abgeben: Gänserndorf spricht sich gegen die Schaffung von Zonen für Windkraftanlagen von Seiten des Landes Niederösterreich aus. Jede Gemeinde soll in Absprache mit den jeweiligen Nachbargemeinden sowie der Bevölkerung Standorte für Windkraftanlagen in Eigenverantwortung festlegen können.“

Der Antrag von Frau Gemeinderat Margot Linke wird mit 3 Stimmen (GRÜNE, Zustimmung – GR. Margot Linke, GR. Gerhard Krammer, GR. Volker Weiss) gegen 26 Stimmen (SPÖ, ÖVP, FPÖ – Gegenstimme – SPÖ, Stimmenthaltung: GR. Ernst Gugler) abgelehnt.

Der Antrag von Herrn Stadtrat Franz Weindl wird mit 19 Stimmen gegen 10 Stimmen (ÖVP, Stimmenthaltung – StR. Christine Beck, StR. Rene Lobner, GR. Wolfgang Halwachs, GR. Margarete Scheidl, GR. Renate Stiglitz, GR. Ing. Manfred Trost, GR. Margit Wilmsen – GRÜNE, Gegenstimme – GR. Gerhard Krammer, GR. Volker Weiss – GRÜNE, Stimmenthaltung – GR. Margot Linke) angenommen.

Bearbeiter: Kamellor

Punkt 16a: Herr Stadtrat Franz Weindl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass sich der Gemeinderat der Stadtgemeinde Gänserndorf gegen die Schließung von Polizeidienststellen im Bezirk Gänserndorf ausspricht.

Herr Stadtrat Rene Lobner gibt hierzu bekannt, dass es morgen eine Pressekonferenz der Innenministerin zu diesem Thema gibt. Ist der Meinung, dass dies ein populistischer Antrag ist. Wird daher gegen den Antrag stimmen.

Der Antrag wird mit 19 Stimmen gegen 10 Stimmen (ÖVP, Stimmenthaltung – StR. Christine Beck, StR. Rene Lobner, GR. Wolfgang Halwachs, GR. Margarete Scheidl, GR. Renate Stiglitz, GR. Ing. Manfred Trost, GR. Margit Wilmsen – GRÜNE, Gegenstimme – GR. Gerhard Krammer, GR. Volker Weiss – GRÜNE, Stimmenthaltung – GR. Margot Linke) angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 17: Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Ende der Sitzung: 20,40 Uhr

Der Schriftführer:

Der Bürgermeister:

Für die SPÖ:

Für die ÖVP:

Für die GRÜNEN:

Für die FPÖ: